

DEUTSCHLAND

Für Struck ist Steinmeier ein Kanzlerkandidat

BERLIN. SPD-Fraktionschef Peter Struck hat Außenminister Frank-Walter Steinmeier als „geeigneten Kanzlerkandidaten“ der SPD ins Gespräch gebracht – sofern Parteichef Kurt Beck selbst nicht antreten wolle. Struck bekräftigte zugleich, dass Beck nach wie vor den ersten Zugriff auf die Kanzlerkandidatur habe. Er sprach von einem „natürlichen Zugriff“.

► LEITARTIKEL

Steinbrücks blaue Briefe

BERLIN. Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) hat seine Kollegen schriftlich zum Sparen ermahnt. Anlass seien Forderungen der Ministerien, die ihre Etatansätze für die kommenden Jahre übermittelt haben, berichtet der „Spiegel“. Danach müsste Steinbrück 55 Milliarden Euro neue Schulden bis 2012 aufnehmen, 40 Milliarden mehr als geplant.

Neue Bündnisse möglich

BERLIN. FDP-Chef Guido Westerwelle will mit einer offeneren Bündnispolitik gegenüber SPD und Grünen einen Beitrag dazu leisten, dass Deutschland nicht „von Sozialisten und Kommunisten mitregiert wird“. Er gebe aber nach wie vor einer „bürgerlichen Mehrheit“ von Union und FDP den Vorzug.

EUROPA

Tausende fordern Rückzug aus dem Irak

LONDON. Gegen den Irak-Krieg sind kurz vor dem fünften Jahrestag des Einmarsches weltweit Tausende von Menschen auf die Straße gegangen. In London und Glasgow versammelten sich am Samstag rund zehntausend Demonstranten und forderten den Rückzug der britischen Truppen. In Los Angeles (USA) zogen laut Polizei etwa 2000 Menschen durch die Straßen.

Flüchtlinge aus Nordafrika

LAMPEDUSA. Am Wochenende sind etwa 500 illegale Einwanderer mit Booten auf der Insel Lampedusa gelandet. Mehr als 300 Flüchtlinge, darunter sechs Frauen, waren an Bord eines alten Fischerbootes, das gestern im Hafen der italienischen Mittelmeerinsel anlegte. Der Rest kam in drei kleineren Booten und einem Schlauchboot.

WELT

Blair schlägt Alarm beim Klimaschutz

TOKIO. Der frühere britische Premierminister Tony Blair hat zu einer „Revolution“ beim Klimaschutz aufgerufen. Die Welt habe den „kritischen Moment“ zur Senkung der Kohlendioxid-Emissionen erreicht, sagte Blair bei einer Konferenz von 20 Ländern mit dem höchsten Energieverbrauch der Welt in Japan.

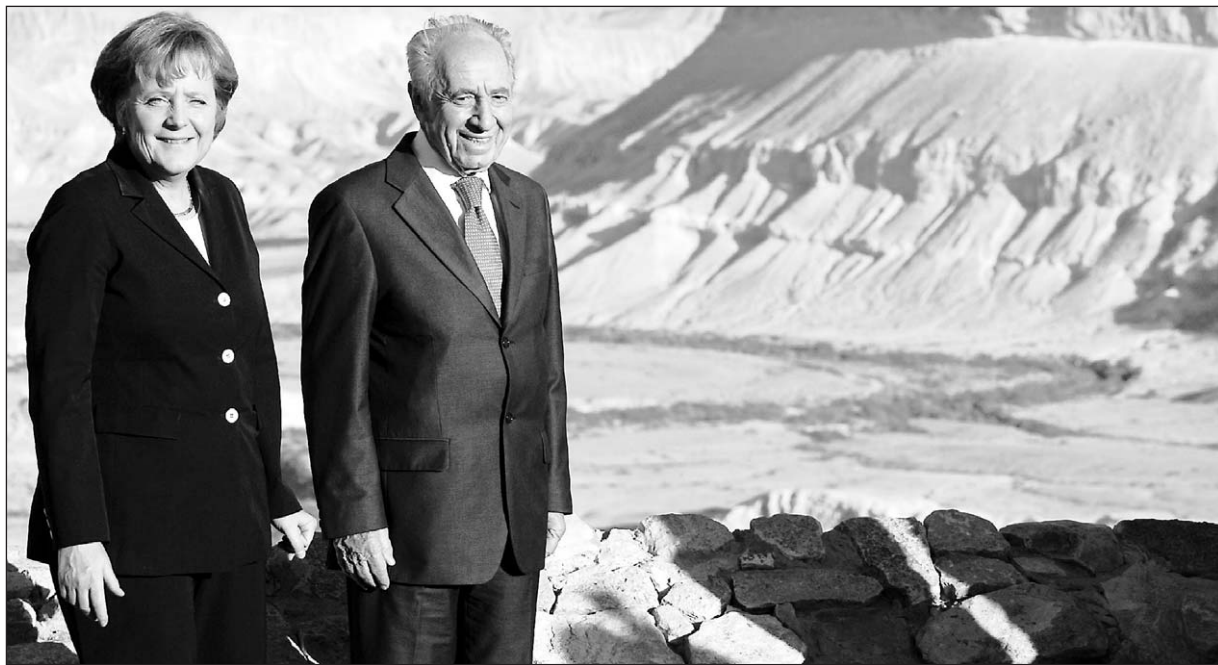
Hu Jintao bleibt Präsident



PEKING. Chinas Präsident Hu Jintao (65) ist auf der Jahrestagung des Volkskongresses in Peking von den 3000 Delegierten für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt worden. Die schweren Ausschreitungen in Tibet kamen nicht zur Sprache. Foto: dpa

Thema des Tages Israel

Bundeskanzlerin Angela Merkel und der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert haben den Willen zur dauerhaften Freundschaft zwischen beiden Ländern bekräftigt.



Bundeskanzlerin Angela Merkel und der israelische Präsident Schimon Peres besuchten zum Auftakt des Israel-Besuches der Kanzlerin den Kibbuz Sde Boker in der Negev-Wüste. Foto: Grimm/dpa

„Ich empfand, einen Freund zu treffen“

Bundeskanzlerin begann ihren Israel-Besuch an einem Ort der Aussöhnung

Von Ulrich Scharlack

TEL AVIV. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zum Auftakt ihrer Israel-Reise die Gründung des Staates vor 60 Jahren und die Aussöhnung mit Deutschland gewürdigt. Israels Ministerpräsident Ehud Olmert würdigte in einer kurzen Begrüßungsansprache die enge Partnerschaft und Freundschaft mit Deutschland. Die Bundesrepublik sei „einer der international stärksten Partner seines Landes“.

Die Kanzlerin begann ihren Besuch an einem symbolischen Ort. Im Kibbuz Sde Boker in der Wüste Negev hat vor 42 Jahren die deutsch-israelische Freundschaft ihren Anfang genommen. Der erste

Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte im Mai 1966 dort Israels Staatsgründer David Ben Gurion besucht. Und der 80-jährige Ben Gurion hatte für den 90-jährigen,

„Die freundschaftlichen Beziehungen sind alles andere als selbstverständlich“

Kanzlerin Angela Merkel

der wie er schon einige Zeit aus dem Amt geschieden war, Worte gefunden, die damals in Israel über einen Deutschen noch schwer

denkbar waren: „Ich empfand, einen Freund zu treffen.“

Gestern kam die Kanzlerin gemeinsam mit dem israelischen Staatspräsidenten Schimon Peres gleich zum Auftakt ihrer Reise nach Sde Boker, um an dieses historische Treffen zu erinnern.

Merkel besuchte das Grab von Ben Gurion, das außerhalb des Kibbuz liegt. Sie legte einen Kranz nieder, um den Mann zu würdigen, der die Unabhängigkeitserklärung des Landes verlesen hatte und dann Deutschland als erster die Hand zur Versöhnung gab.

Gemeinsam mit Peres verharrte sie kurz. Dass Peres extra hierher geflogen war, ist ein Zeichen der Ehre für Merkel. dpa

„Die junge Generation kostet das viel Geld“

Junge Abgeordnete kritisieren Rentenerhöhung – DGB-Chef Sommer widerspricht

BERLIN. Die Rentenerhöhung um 1,1 Prozent zum 1. Juli hat eine hitzige Debatte ausgelöst und sorgt für einen Generationenkonflikt.

Die Erhöhung wird durch ein Aussetzen des sogenannten Riester-Faktors in der Rentenformel für zwei Jahre erreicht, der das Rentenplus abbremst. Ohne diese Gesetzesänderung würde es nur 0,46 Prozent mehr für die Rentner geben.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Spahn (27) verurteilte das Aussetzen des Riester-Faktors als Bruch

des Rentenkompromisses. Das sei nicht im Interesse der jungen Generation. Er sagte: „Ich finde dieses Gefummel recht kritikwürdig. Den Rentnern von heute mag es helfen. Aber die junge Generation kostet das eine Menge Geld.“

Der Chef des Sozialverbandes VdK, Walter Hirrlinger, sagte, den Rentnern seien schon drei Nullrunden zugemutet worden. Er wies Kritik an der Rentenerhöhung zurück.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handels-

kammertages, Martin Wansleben, äußerte: „Die Regierung verspricht Wahlgewinne, die mittel- und langfristig auf Kosten der Beitragszahler und Unternehmen gehen.“

DGB-Chef Sommer erklärte hingegen: „Das ist ein erster, richtiger Schritt, der aber noch nicht zur langfristigen Sicherung der Kaufkraft der Rentner reicht.“ Deutschland steuere auf eine dramatische Altersarmut zu. „Die Renten müssen wieder so stark wie die Wirtschaftskraft steigen.“ dpa

Türkische Justiz sagt Erdogan den Kampf an

Generalstaatsanwalt: Islamisten wollen die Demokratie abschaffen – Regierungschef spricht von „Angriff“

Von Carsten Hoffmann

ISTANBUL. Der türkische Staatsapparat hat den Machtkampf mit der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP dramatisch zugespitzt. Die in der Justiz tief verwurzelte alte Elite will die Partei von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan mit einem Verbotsantrag auf Linie zwingen, wenn nicht sogar von der politischen Bühne verbannen.

Im Kern lautet der Vorwurf, die AKP nehme Kurs auf einen islamischen Staat und wolle die türkische Demokratie abschaffen. Dagegen erklärt die AKP, der Verbotsantrag sei ein schwerer Schlag gegen die Demokratie. Seine Beschuldigungen

hat Generalstaatsanwalt Abdurrahman Yalçinkaya Medienberichten zufolge auf mehr als 162 Seiten zusammengestellt, die um Videoaufnahmen ergänzt sind. Der Chefankläger soll schon eine ganze Weile Material gegen die AKP gesammelt haben, die im vergangenen Jahr bei einem triumphalen Wahlsieg 47 Prozent der Wählerstimmen bekommen hat. Das Verfassungsgericht soll nun Erdogan und Staatspräsident Abdullah Gül sowie weiteren 69 AKP-Politikern die politische Betätigung untersagen.

Die AKP sei Brennpunkt für Akti-

vitäten gegen den säkularen Staat, heißt es in dem Verbotsantrag. Der Generalstaatsanwalt nimmt auch Erdogan selbst aufs Korn. So tauchen dessen Plädoyers für das Kopftuch



„Wir sind eine Partei, die für die Demokratie kämpft“

Regierungschef Erdogan

auf, welches selbst als politisches Symbol nicht aus den Hochschulen verbannt werden dürfe. Die Anklage erwähnt eine Mahnung Erdogans

Gemeinsam gegen Steuerbetrug

Wird die Föderalismusreform ein Erfolg? Mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Jochen-Konrad Fromme (Salzgit-ter-Wolfenbüttel), Mitglied der Föderalismuskommission, sprach Christian Kerl.



Unter der Kuppel
Unsere Vertreter in Berlin

Herr Fromme, Bund und Länder ringen um eine zweite Föderalismusreform, auch zu Finanzfragen. Werden sie noch rechtzeitig fertig?

Ich glaube, dass der Zeitplan nicht in Frage steht. Was wir bis zum Sommer nicht vereinbaren, wird nichts mehr. Wir müssen die Reform ja bis Jahresende technisch umgesetzt haben, sonst wird es in dieser Wahlperiode zu knapp.

Ein Streitpunkt ist eine verbindliche Schulden-grenze für Bund und Länder.



Ob man sich da bundeseinheitlich einigt, hängt davon ab, ob man eine Alt-schuldenregel findet – einige finanzschwache Länder bestehen darauf. Wenn die Länder sich nicht einigen, macht der Bund eine eigene Regelung. Das wäre nur die zweitbeste Lösung. Ich glaube nicht, dass Politik so unvernünftig ist, ein Problem wie das der nachhaltigen Finanzpolitik nicht zu lösen.

Auch in anderen Punkten ist die Föderalismuskommission auf gutem Weg – etwa bei der Frage, wie Landesverwaltungen besser zusammenarbeiten können. Das spielt ja beim Thema Steuerbetrug gerade eine Rolle. Man muss dafür sorgen, dass Steuern überall gleichmäßig eingefordert werden. Das stößt aber an Grenzen: Die Kommunikationstechnik der Länder ist nur unzureichend miteinander abgestimmt.

Da kann die Reform helfen?

Ja, denn bisher war es das Problem, dass einzelne Länder eine Vereinbarung etwa zur Informationstechnik blockieren konnten. In der Kommission arbeiten wir gerade an einem neuen Abstimmungsmechanismus: Eine Verständigung über die Zusammenarbeit von Landesbehörden etwa bei Steuer- oder Statistikdaten muss möglich sein, auch wenn einige Länder nicht zustimmen. Steuer-sünder dürfen nicht davon profitieren, dass nicht alle einig sind.

Warum nicht gleich eine zentrale Bundessteuerverwaltung?

Da sind die Länder dagegen. Ich auch. Das würde ein zu großer Moloch werden. Es muss eine Lösung ohne Zentralisierung geben.

► KOMMENTAR